

Infobrief September 2014 Nr. 1

Ethisches Dilemma In evangelischer Kirche gibt es zu Waffenlieferungen in den Irak unterschiedliche Positionen Frankfurt a.M. (epd).

Der anglikanische Erzbischof von York, John Sentamu, betet seit dem 24. August stündlich für den Frieden. In seine Gebetswache schließt der Geistliche die weltweiten Konfliktherde ein, die von »Militarismus, Götzendienst, Diktaturen und Armut« geprägt sind. Auch die Kirchen in Deutschland sorgen sich um die von der Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) bedrohten Menschen im Irak. Die Christen im Irak seien »höchst gefährdet«, mahnte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, bereits im Juni. Doch in der Debatte darüber, ob Deutschland Waffen an die Kurden im Nordirak liefern soll, um die Terrormiliz »Islamischer Staat« zu stoppen, sind führende Protestanten durchaus uneins. Auch unter katholischen Bischöfen, sowie in den politischen Parteien gibt es in dieser Frage unterschiedliche Auffassungen. Kurz vor der Regierungsentscheidung über deutsche Waffenlieferungen zeigte nun Schneider Verständnis für einen solchen Schritt. Das Evangelium gebiete zwar Gewaltverzicht, sagte der Ratsvorsitzende dem »Tagesspiegel«. Dem Evangelium zu folgen, bedeute aber nicht »zuzusehen, wie andere gequält, geköpft, versklavt werden«. Der oberste Repräsentant der evangelischen Kirche bewegt sich damit zwischen den Flügeln Radikalpazifismus und Realpolitik friedensethisch auf einer mittleren Linie, auf die sich auch der Rat der EKD bei seiner Sitzung im September verständigen könnte. Profiliert vertreten wird diese Position von dem evangelischen Sozialethiker und früheren Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber. »Unsere Verantwortung für den Frieden kann im äußersten Notfall den Einsatz von Waffengewalt einschließen«, argumentiert Huber in einem »Zeit«-Interview. Mit Verweis auf den Nordirak fordert der Theologieprofessor: »Wir müssen dem 'Islamischen Staat' das Handwerk legen. Aber wir müssen auch tragfähige, friedensfähige politische Strukturen aufbauen.« Die Folie dabei ist das Konzept des gerechten Friedens, wie es die EKD 2007 formulierte und das Gewalt als letztes Mittel nicht ausschließt, wenn zuvor alle gewaltfreien und diplomatischen Lösungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. In ähnlicher Richtung äußerten sich angesichts der religiösen Säuberung im Irak ebenfalls EKD-Synodenpräses Irmgard Schwaetzer und der Berliner Bevollmächtigte Martin Dutzmann. Dabei wird keinesfalls ausgeblendet, dass Waffenlieferungen an die irakischen Kurden nicht ohne Risiken sind. »In der einen Waagschale liegt ein drohender Genozid, in der anderen die Gefahr eines letztlich unkontrollierbaren Gebrauchs von Waffen«, gibt Dutzmann zu bedenken. Bei dieser Abwägung neige sich in seinen Augen die Waagschale in Richtung Nothilfe, folgert der ehemalige Militärbischof. Doch es fehlt auch nicht an Stimmen prominenter Protestanten wie Margot Käßmann und Friedrich Schorlemmer, die militärisches Engagement entschieden ablehnen. So empfiehlt der Wittenberger Theologe Schorlemmer einen Weg von Gewaltverzicht und konfliktfähiger Feindesliebe, »statt Waffen zu liefern, von denen wir nicht sagen können, wo sie morgen landen«. Auch Käßmann hält Waffenlieferungen an die Kurden für den »falschen Weg«. Von Deutschland seien vielmehr Friedensoptionen gefragt und keine Waffenlieferungen. Zudem müsse sich die Bundesregierung fragen lassen, ob sie bisher genügend für die Stabilisierung des Irak und humanitäre Hilfe getan habe. Ohne Bezug auf konkrete Konflikte regten der evangelische Militärbischof Sigurd Rink und der EKD Friedensbeauftragte Renke Brahm kürzlich eine Debatte über die Ethik rechtserhaltender Gewalt an. Bei schwersten Menschenrechtsverletzungen und Genoziden sei 'Wegschauen' keine Option. Die Alternative dazu sei allerdings nicht allein die militärische Option, formulieren die beiden Geistlichen in einem gemeinsamen Diskussionsbeitrag. Militärische Gewalt schaffe keinen Frieden, höchstens Raum für Politik, um mit zivilen Mitteln friedensschaffende Prozesse in Gang zu setzen. »Militärische Maßnahmen müssen daher in ein umfassendes friedens- und sicherheitspolitisches Konzept eingebettet sein«, werben Brahm und Rink. Sie reagieren damit auf die Debatte über mehr deutsches Engagement in internationalen Konflikten, die Bundespräsident Joachim Gauck angestoßen hat. Gauck erfuhr dafür auch Widerspruch von evangelischen Pfarrern. *Von Rainer Clos (epd)*

Kritik an kirchlichen Befürwortern von Waffenlieferungen

Christliche Friedensdienste fordern zivile Lösung für Konflikt im Irak

Bonn (epd). Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) fordert zivile statt militärischer Lösungen für den Konflikt im Irak. »Waffenlieferungen sorgen für neue Probleme, aber nicht für Frieden«, erklärte AGDF-Geschäftsführer Jan Gildemeister am Freitag in Bonn. Die Hilfe der internationalen Gemeinschaft müsse direkt den Menschen zugutekommen. Deshalb müsse die Unterstützung der kurdischen Verwaltung bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme Priorität haben, fordert der bundesweite Zusammenschluss von 33 friedenspolitisch engagierten Organisationen und Institutionen. Notwendig sei ein Gesamtkonzept für den Frieden in der Region, erklärte Gildemeister weiter. »Der Ruf nach Waffenlieferungen greift da viel zu kurz.« Zu den offenen Fragen gehöre, was mit den Waffen auf Dauer passieren solle und was das längerfristige Ziel eines internationalen Engagements sei. Der Bundestag sollte bei seinen Beratungen über die Situation im Irak am 1. September, dem weltweiten Antikriegstag, auch das Friedensgebot im Grundgesetz beachten. Auch an die Kirchen richtete die Aktionsgemeinschaft den Appell, den Grundsatz des absoluten Vorrangs für gewaltfreie Mittel wieder in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. »Ich finde es unerträglich, dass auch von Kirchenvertretern immer wieder Waffenlieferungen an die Kurden oder die irakische Armee gefordert werden, um den Terroristen des Islamischen Staates (IS) Einhalt zu gebieten«, betonte Gildemeister. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, der Bevollmächtigte der EKD bei der Bundesregierung, Martin Dutzmann, sowie der ehemalige Ratsvorsitzende Wolfgang Huber hatten Verständnis für die Pläne der Bundesregierung für Waffenlieferungen in den Irak geäußert. Es gehe nicht um Waffengeschäfte, »sondern um Hilfe für den Kampf gegen die Verursacher der Not und die Absicherung der Hilfe«, hatte Schneider erklärt. **Sigurd Rink** *epd-bild/Kohlhepp/Medienhaus Frankfurt*

Irak Christen und Jesiden fordern Schutzzone für Verfolgte

Warburg/Berlin (epd). Die Syrisch-Orthodoxe Kirche in Deutschland und der Zentralrat der Jesiden dringen auf eine UN-Schutzzone für Verfolgte im Nordirak. »Die brutalen Verbrechen im Irak und Syrien durch die Terrorgruppe ISIS ist ein Völkermord«, sagte der Sprecher der Erzdiözese Syrisch-Orthodoxe Kirche von Antiochien in Deutschland, Elias Cello, nach Angaben vom Freitag bei einem Treffen mit Grünen-Chef Cem Özdemir. Die Bundesregierung müsse sich für einen Schutzbereich einsetzen, um Schlimmeres zu verhindern. Die Golfstaaten und die Türkei müssten zudem gedrängt werden, jegliche Unterstützung für die IS-Terrorgruppe zu unterbinden. Die Situation im Nordirak sei katastrophal, sagte Telim Tolan, Vorsitzender des Zentralrats der Jesiden in Deutschland. Hunderttausende Jesiden und Christen seien auf der Flucht, Flüchtlingslager in der Region reichten nicht aus. »Die Menschen, mit denen ich gesprochen habe, fangen gleich an zu weinen, da sie so sehr von diesen Repressalien traumatisiert sind«, berichtete Tolan. Vor allem Waisenkindern und Betroffene von Missbrauchsfällen benötigten einen besonderen Schutz und Therapie. Die irakische Zentralregierung in Bagdad sowie die kurdische Regionalregierung böten aber den Verfolgten keinen ausreichenden Schutz vor den IS-Milizen. Im Nordirak sind inzwischen rund 1,2 Millionen Menschen vor den Kämpfern des »Islamischen Staates« (IS) auf der Flucht. Die Gewalt der islamistischen Terrorgruppe richtet sich vor allem gegen Jesiden, aber auch gegen Christen und andere religiöse Minderheiten. Militärisch stehen den Islamisten die irakische Armee sowie kurdische Peschmerga-Truppen gegenüber. www.syrischorthodox.org

Sigurd Rink *epd-bild/Kohlhepp/ Medienhaus Frankfurt*

Irak Rink: Kein »Freifahrtschein« für Waffenlieferung



Frankfurt a.M. (epd). Der evangelische Militärbischof Sigurd Rink sieht die Lieferung von Waffen in den Irak kritisch. »Es gibt keinen Freifahrtschein für die Lieferung von Panzern und Raketen«, sagte Rink am 30. August in der Sendung »Horizonte« des Hessischen Rundfunks. Zunächst müssten die vor der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) fliehenden Angehörigen religiöser Minderheiten geschützt und mit dem Lebensnotwendigsten versorgt werden. Waffenlieferungen seien nur »das letzte Mittel«, eine »absolute Notmaßnahme«, betonte Rink. Es sei aber auch klar, dass man dem Morden der IS-Miliz »nicht tatenlos zusehen darf«. Vor einer Entscheidung über die Lieferung von Rüstungsgütern müssten eine Reihe wichtiger Fragen geklärt werden, sagte Rink, etwa an wen die Waffen gingen, an die kurdische Arbeiterpartei PKK oder an die kurdischen Peschmerga-Kämpfer, oder ob es ein Einsatzkonzept gebe.

Eines sei jedoch unstrittig, betonte Rink: »Die Lieferung von Waffen in das Krisengebiet Nordirak wäre ein Paradigmenwechsel.« Er habe Angst davor, dass damit nach der beabsichtigten Rettung von Christen, Jesiden und anderen Minderheiten »Schlimmes« angerichtet werde. Sigurd Rink ist seit August dieses Jahres der erste hauptamtliche Militärbischof in der Bundesrepublik. Zuvor war der 53-jährige evangelische Theologe zwölf Jahre Propst in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Wiesbaden.

Altbischof Huber: Untätigkeit ist im Irak-Konflikt keine Lösung

Schwerte (epd). Der Berliner Altbischof Wolfgang Huber hat vor Passivität im Irak-Konflikt gewarnt. »Das Gebot 'Du sollst nicht töten' heißt auch: Du sollst nicht töten lassen«, sagte der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Freitag in Schwerte. Im Irak gehe es um Völkermord, »das schlimmste Verbrechen, das es gibt«. Zwar herrschten unterschiedliche Auffassungen über den richtigen Weg, dem Morden der Miliz »Islamischer Staat« (IS) Einhalt zu gebieten. Untätigkeit sei aber keine Lösung. Auch die Bergpredigt verpflichte Christen nicht zum Nichtstun, betonte Huber auf einer Tagung der westfälischen Kirche mit dem Titel »Mut zu Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit«. Zwar heiße es in der Bergpredigt Jesu: »Wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halte ihm auch die linke hin.« Das sei aber »keineswegs eine unterwürfige Geste der Passivität, sondern eine Überraschungshandlung, die die Situation verändern soll«. Ein Pazifist sei dem Wortsinn nach »derjenige, der Frieden macht und schafft, fördert und herstellt«, fügte der evangelische Sozialethiker hinzu. Er bekräftigte seine Auffassung, dass ein Mensch prinzipiellen Gewaltverzicht nur für sich selbst beschließen könne. Andere dürften nicht verpflichtet werden, Unrecht zu erleiden, statt sich dagegen zu wehren: »Da zeigt sich eine Grenze.« Huber forderte aber zugleich, die aktuelle Debatte nicht auf militärische Maßnahmen zu begrenzen. Es müsse um das Ziel eines »gerechten Friedens« gehen.

Jochen Cornelius-Bundschuh *epd-bild / Alabiso*

Irak Cornelius-Bundschuh: Kein deutsches Militär in den Irak



Karlsruhe (epd). Der Bischof der Evangelischen Landeskirche in Baden, Jochen , spricht sich gegen ein deutsches militärisches Engagement im Irak aus. »Wir sollten eher Geld und personale Ressourcen zur Verfügung stellen, dass sich in Konflikten Rechtsstaatlichkeit etabliert und Gewaltenteilung, dass zivile Konfliktlösungen eine Chance gewinnen und sich wieder stabile staatliche Strukturen ausbilden«, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Karlsruhe. Zu möglichen deutschen Waffenlieferungen äußerte sich Cornelius-Bundschuh nicht. Der Bischof begrüßte die US-Luftschläge gegen die Milizen des »Islamischen Staats« (IS) im Nordirak. Es sei gut, wenn etwas unternommen werde, um

verfolgte Menschen zu schützen. »Aber wir müssen endlich auch über die Hintergründe reden«, verlangte Cornelius-Bundschuh. Es gebe Hinweise, dass die Gruppe von arabischen Staaten finanziert werde, die wiederum massiv vom Westen unterstützt würden: »Das geht für uns als Kirche nicht, denn wir haben ein klares Friedenszeugnis.« Der evangelische Theologe regte die Einrichtung von Friedenscamps an, in denen sich Kinder und Jugendliche verfeindeter Gruppen begegnen. Das könne die Situation verändern, »weil die Menschen sich als Mitmenschen wahrnehmen«. Die Kirche stehe für eine »intelligente Feindesliebe«. Der 57-jährige Cornelius-Bundschuh trat sein Bischofsamt am 1. Juni an. Er folgte auf Ulrich Fischer, der seit 1998 badischer Landesbischof gewesen war. *epd-Gespräch: Marcus Mockler und Achim Schmid*
epd-

Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2014 Seite _6

Heinrich Bedford-Strohm *epd-bild / McKee*

Irak Bedford-Strohm für Waffenlieferungen an Kurden



München (epd). Der bayerische evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm hat sich für Waffenlieferungen in den Nordirak ausgesprochen. Sie seien derzeit das »kleinere Übel«, sagte er in München dem Evangelischen Pressedienst (epd). Niemand könne sagen, wie die Menschen gegen die vorrückenden Milizen des »Islamischen Staates« (IS) auf anderem Wege wirksam geschützt werden könnten. »Die verzweifelten Hilferufe der Menschen im Nordirak können niemanden kalt lassen«, betonte der Geistliche. Im Nordirak sind gegenwärtig rund 1,2 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter zahlreiche Christen und Jesiden. Die Bundesregierung plant, die kurdischen Peschmerga-Truppen im Kampf gegen den IS mit Waffen zu beliefern. Am Sonntag will eine Ministerrunde Details klären. Bedford-Strohm verwies auf einen breiten Konsens in der christlichen Friedensethik. Man sei sich einig, »dass es eine Pflicht zum Schutz von unmittelbar von schlimmer Gewalt bedrohten Menschen gibt, die auch den Gebrauch von Waffen als letztes Mittel einschließen kann«. Der Theologe betonte zugleich, dass nichtmilitärische Mittel im Zentrum stehen müssten, um zu einem gerechten Frieden zu kommen. Die Bundesregierung müsse sich im Fall von Waffenlieferungen zugleich aus ethischen Gründen zu einer restriktiven Waffenexportpolitik verpflichten. Enttäuscht äußerte sich der Landesbischof über die Rolle der Vereinten Nationen. »Wir brauchen dringend eine UNO, die in der Lage ist, internationale polizeiliche Aufgaben zu erfüllen«, sagte Bedford-Strohm. Die Bundesregierung solle mithelfen, die UN als »eigentlich zuständigen Akteur so schnell wie möglich handlungsfähig zu machen«. *epd-Gespräch: Christiane Ried*

Irak Patriarch richtet Hilferuf an internationale Gemeinschaft

München (epd). Der Patriarch der chaldäischkatholischen Kirche im Irak, Louis Sako, hat die internationale Gemeinschaft eindringlich um Hilfe für die verfolgten Minderheiten im Norden des Landes gebeten. »Es müssen die Christen und die Jesiden im Irak vor der Vernichtung gerettet werden«, schreibt der Vorsitzende der chaldäischkatholischen Bischofskonferenz in einem Gastbeitrag für die »Süddeutsche Zeitung« (Ausgabe vom 27. August). »Vereinigte Staaten und Europäische Union tragen hier eine historische und moralische Verantwortung.« Der Patriarch fügt hinzu: »Bis heute gibt es keine auch nur entfernt konkrete und absehbare Lösung für die Probleme, vor denen wir stehen, während nach wie vor dem Islamischen Staat Ströme von Geld, Waffen und Kämpfern zufließen.« Mit aller Kraft werde an der Vertreibung der Christen aus dem Irak gearbeitet. Die Welt habe aber immer noch nicht so recht die Dramatik der Lage erkannt, beklagt Sako. »Die nächsten Opfer werden die Muslime sein, die sich nicht dem Diktat der Fundamentalisten beugen.« Sako berichtet in seinem Gastbeitrag von der Verwüstung und Entweihung von Kirchen im Irak sowie von der Flucht der Bischöfe, Priester und Nonnen aus der Region. »Es ist furchtbar, es ist schrecklich, was geschieht,« schreibt der Patriarch. Im Nordirak sind inzwischen rund 1,2 Millionen Menschen vor den Kämpfern der Terrorgruppe »Islamischer Staat« auf der Flucht. Militärisch stehen den Islamisten die irakische Armee sowie kurdischen Peschmerga-Truppen gegenüber. Der Bundestag will am

Ukraine Deutscher Pfarrer spricht von neuer Eskalationsstufe

Kiew (epd). Der ukrainisch-russische Konflikt hat nach den Worten des deutschen evangelischen Pfarrers in Kiew, Ralf Haska, eine neue Stufe der Eskalation erreicht. Es sei offensichtlich, »dass Russland nicht erst seit gestern oder heute, sondern schon seit langer Zeit die Terroristen im Land unterstützt und den Krieg hier weiter schürt«, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Kiew. Es handele sich um einen Krieg, »der der Ukraine aufgezwungen wird«. Die Situation sei »sehr gefährlich und beunruhigend«. Reguläre russische Truppen hatten in den vergangenen Tagen offenbar in den Militärkonflikt zwischen der ukrainischen Armee und prorussischen Separatisten im Osten des Landes eingegriffen. Das berichteten übereinstimmend die Regierung in Kiew sowie die Nato. Russische Soldaten stünden anscheinend vor der Hafenstadt Mariupol, berichtete Haska. Seit Ausbruch der Kämpfe im April wurden nach UN-Angaben rund 2.600 Menschen getötet. 6.000 erlitten Verletzungen, rund 190.000 Menschen sind auf der Flucht. Es sei völlig offen, wie sich die Situation weiter entwickle, sagte Haska. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko habe den Terroristen »viel Geduld« entgegengebracht und versucht, die Lage zu entschärfen. Seine ausgestreckte Hand sei aber immer wieder ausgeschlagen worden. Die Menschen seien mit allen Gedanken und Sinnen bei der Situation im Osten, ergänzte der Geistliche. Sie stünden hinter Poroschenko und dem amtierenden Ministerpräsidenten Arseni Jazenjuk. In Kiew habe sich die Lage nach den wochenlangen Unruhen vom Winter inzwischen wieder beruhigt, berichtete Haska. »Wir können ganz normal arbeiten.« Der Maidan-Platz, Zentrum der europafreundlichen Bewegung, sei inzwischen geräumt, nur die Instytuska-Straße sei weiter gesperrt. Dort hatten Scharfschützen am 20. Februar Dutzende Menschen erschossen. Bei Gesprächen schwinde immer die Angst vor einer weiteren Eskalation des Krieges mit, »bei allem, was wir tun und denken«, schilderte der Pfarrer. »Die Spannung liegt geradezu in der Luft.« Haska ist seit 2009 Pastor der Gemeinde Sankt Katharina in Kiew. Die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in der Ukraine geht auf Aussiedler zurück, die von Zarin Katharina II. Mitte des 18. Jahrhunderts ins Land gerufen wurden. Die Gemeinde zählte zwischenzeitlich mehr als 10.000 Mitglieder, ehe das religiöse Leben in der Sowjetzeit zum Erliegen kam. Erst nach der Unabhängigkeit der Ukraine konnte die deutsche evangelische Kirche wieder gegründet werden. Heute zählen zu ihr rund 3.000 Gläubige in rund 30 Gemeinden. Ihr Bischof ist seit einigen Monaten Serge Maschewski. *epd-Gespräch: Bernd Buchner*

Deutsche verüben Selbstmordattentate im Irak Verfassungsschutz warnt vor »erhöhter Gefahr« durch Rückkehrer - Keine konkreten Hinweise

Köln/Düsseldorf (epd). Fünf Dschihadisten aus Deutschland haben nach Erkenntnissen des Bundesamts für Verfassungsschutz Selbstmordanschläge im Irak und in Syrien verübt. Die Zahl der aus Deutschland in die Kampfzonen der beiden Länder ausgereisten Islamisten sei mittlerweile auf über 400 nachweisbare Fälle angestiegen, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, am Sonntag im Deutschlandfunk. Dazu komme eine Dunkelziffer. **»Hohe Brutalität zieht IS-Kämpfer an«** Maaßen sprach von einer »deutlich stärkeren Brutalisierung von Personen«, was über deren Mitteilungen auf Facebook und Twitter erkennbar sei. »Wir müssen eigentlich erwarten, dass die Personen zurückkommen und hier Anschläge begehen«, sagte Maaßen. Er sprach von einer »erhöhten abstrakten Gefahr«, konkrete Hinweise gebe es noch nicht. Die Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS) wirbt in den sozialen Netzwerken und im Internet in deutscher Sprache neue Kämpfer an. Die IS sei so lange attraktiv, so lange sie Erfolg habe. »Was die Leute anzieht, ist die hohe Brutalität, die Radikalität, die Rigorosität«, sagte der Verfassungsschutzpräsident. IS habe dem Terrornetzwerk Al-Kaida den Rang abgelassen. Maaßen will die Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst weiter intensivieren. Die türkischen Dienste seien wichtige Partner, zum einen mit Blick auf die extremistischen Gruppen aus der Türkei, die in Deutschland wirkten, zum anderen wegen der Durchreise der Islamisten in den Irak und nach Syrien. 400 Ausreisen und fünf Selbstmordattentäter »sind nicht akzeptabel und aus deutscher Sicht ein unhaltbarer Zustand«, sagte der Verfassungsschutzpräsident. Nach einem Bericht »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« bestätigten Sicherheitskreise inzwischen, dass der deutsche Konvertit Philip Bergner aus Dinslaken vor drei Wochen ein Selbstmordattentat nahe der Stadt Mossul begangen hat. Bergner, der im Sommer 2013 nach Syrien gereist war, hatte demnach ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in eine Stellung der kurdischen Peschmerga gefahren. Dabei gab es mindestens zwanzig Tote. Burkhard Freier, Leiter des Verfassungsschutzes in Düsseldorf, sagte der Zeitung, Bergner sei nicht der einzige Deutsche in den Reihen des IS, der sich in die Luft sprengte. Es gebe Hinweise, dass »einige Männer aus Nordrhein-Westfalen im Irak Selbstmordattentäter des Islamischen Staates geworden sind«. Viel spreche dafür, dass der IS Druck ausübe, damit westliche Ausländer sich zu solchen Taten bereiterklärten. Die Terrorgruppe missbrauche deutsche Islamisten, die ohne Kampferfahrung nach Syrien reisten, als Kanonenfutter. »Nach einer dreiwöchigen

Grundausbildung kommen sie an die Front, so dass sie dort kaum eine Überlebenschance haben«, sagte Freier. Die Ausrufung des Kalifats durch den IS wird in der deutschen Islamisten-Szene nach Angaben des Verfassungsschutzes geradezu euphorisch begrüßt. Die Grausamkeit der IS-Kämpfer sei für viele junge Männer in der Szene »faszinierend«, sagte Freier. Solange der IS Erfolg habe und seine aggressive Propaganda betreibe, werde die Zahl junger Leute in radikalen Netzwerken wie auch die Ausreisen nach Syrien weiter steigen.

Deutsche lehnen Waffenlieferungen mehrheitlich ab

Köln (epd). Die von der Bundesregierung geplanten Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak finden in der deutschen Bevölkerung nach wie vor wenig Unterstützung. Sechs von zehn Bundesbürgern lehnen derartige Waffenlieferungen ab, wie aus einer am Freitag in Köln veröffentlichten ARD-Umfrage hervorgeht. Für die Bereitstellung von Waffen, die eine bessere Verteidigung der Kurden gegen die Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) ermöglichen sollen, ist nur jeder dritte Befragte (34 Prozent). Die weltpolitische Lage wird angesichts der aktuellen internationalen Konflikte und Krisen derzeit von der Hälfte der Deutschen (49 Prozent) als bedrohlich empfunden. Die Sorge ist in den neuen Bundesländern mit 59 Prozent stärker ausgeprägt als in den westlichen Bundesländern, wo 46 Prozent besorgt sind. Infratest dimap befragte im Auftrag des ARD-Morgenmagazins 1.027 Bundesbürger.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2014 Seite _25

Eine Welt ohne Hunger und extreme Armut bis 2030 Der neue Zielkatalog der Staatengemeinschaft soll auch Ökologie groß schreiben

Frankfurt a.M. (epd). Nach den Millenniumszielen will die Staatengemeinschaft einen großen Schritt weitergehen: Bis 2030 sollen der Hunger in der Welt und die extreme Armut vollständig abgeschafft werden. Auch eine umweltverträgliche Wirtschaftsweise steht in dem Vorschlag, den eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für die sogenannten Nachhaltigkeitsziele erarbeitet hat. Eine wichtige Neuerung ist auch, dass nicht nur Ziele für Entwicklungsländer vorgegeben werden, sondern auch für die Industrienationen. Insgesamt 17 globale Ziele und 169 Unterziele haben Vertreter aller UN-Mitgliedsländer ausgehandelt, am Ende brauchte die Arbeitsgruppe eine 36 Stunden dauernde Marathonsitzung. Der Ziele-Katalog soll der neue Fahrplan werden für die ganze Staatengemeinschaft. Die im Jahr 2000 vereinbarten Millenniumsziele hatten eine Halbierung des Anteils der Hungernden und extrem Armen an der Weltbevölkerung bis 2015 zum Ziel. Die nun entworfenen Nachhaltigkeitsziele sind für Jens Martens, Geschäftsführer der Denkfabrik Global Policy Forum, eine seltsame Mischung: »Zum Teil sind die vorgeschlagenen Ziele überraschend ambitioniert, zum Teil erschreckend banal.« Als großen Fortschritt hebt er das Gerechtigkeitsziel hervor, das einen Abbau der sozialen Ungleichheit vorsieht. Die Kluft zwischen Arm und Reich soll kleiner werden, zwischen den Staaten, aber auch innerhalb der einzelnen Staaten, womit auch Industrieländer gefordert sind. **UN-Vollversammlung soll Weichen stellen** Um die Diskussion voranzubringen, liegt der Ball jetzt bei der Ende September tagenden UN-Vollversammlung und bei UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. In einem Jahr, im September 2015, sollen die Nachhaltigkeitsziele feierlich von den Staats- und Regierungschefs bei einem UN-Gipfel beschlossen werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), derzeit amtierende G-7-Präsidentin hat die Nachhaltigkeitsziele zu einem Schwerpunkt erklärt. Aber es müsse sich noch zeigen, welche Initiativen die Bundesregierung konkret zu unternehmen gedenkt, sagt Martens. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) begrüßt den UN-Vorschlag und die ökologische Ausrichtung. »Auch wir in Deutschland müssen uns selbst in die Pflicht nehmen«, sagte Müller dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Wir in Deutschland und in Europa sollten den Ehrgeiz haben, Exzellenzregion beim Klima- und Ressourcenschutz für nachhaltiges Leben und Wirtschaften zu werden.« Die Weltgemeinschaft müsse sich auf verbindliche Ziele verpflichten. Müller: »Wir brauchen eine neue Balance des wirtschaftlichen Handelns im Einklang mit der Natur.« Manche Ziele sind noch vage, der Entwurf weist Leerstellen auf, bei einer Reihe von Zielen ist die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen eine noch ungelöste Schlüsselfrage. Daran entzündeten sich heftige Diskussionen zwischen den Vertretern von Industrie- und Entwicklungsländern. Große Streitthemen waren auch das Recht auf sexuelle Aufklärung und Familienplanung, wogegen sich der Vatikan und islamische Staaten stemmten. Zündstoff ist also noch vorhanden. Martens spricht denn auch von einem brüchigen Kompromiss. Für Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) aber ist der Kurs klar, sie hält den vorgeschlagenen Zielkatalog für einen großen Schritt nach vorn. Zu den Zielen gehören auch eine menschenwürdige Beschäftigung, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Ferner sind der Schutz der Artenvielfalt, eine umweltgerechte Stadtentwicklung und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen aufgeführt. Klaus Seitz, Abteilungsleiter Politik beim evangelischen Hilfswerk »Brot für die Welt«, erhofft sich auch in Deutschland einen Push, den ökologischen Fußabdruck durch weniger Autofahren, Fleischkonsum oder Energieverbrauch zu verringern. Als größte Hindernisse beim Erfül-

len der neuen Ziele sieht er die kriegerische Gewalt in vielen Ländern an. Wenn es nicht gelinge, diese Konflikte einzudämmen, werde auch die Überwindung von Hunger und Armut fraglich, warnt Seitz. Von *Elvira Treffinger (epd)*
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2014 Seite _49

UN-Ermittler: Assad setzt erneut Chemiewaffen ein Untersuchungskommission legt neuen Bericht zu Syrien vor

Genf (epd). Der Bürgerkrieg in Syrien tobt laut Ermittlern der Vereinten Nationen mit »unvorstellbarer Brutalität« weiter. Besonders die Zivilisten seien einem »unermesslichen Leid« ausgesetzt, betonte der Vorsitzende der UN-Untersuchungskommission zu Syrien, Paulo Sérgio Pinheiro, am 27. August in Genf. »Hunderte Zivilisten sterben jeden Tag«, sagte der brasilianische Diplomat. Pinheiro präsentierte einen neuen Report, in dem sein Team allen Parteien des Konflikts wie der Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) schwere Kriegsverbrechen vorwirft. Der Report deckt den Zeitraum vom 20. Januar bis zum 15. Juli dieses Jahres ab. Die Truppen des Diktators Baschar al-Assad setzten nach Erkenntnissen der Kommission erneut chemische Kampfstoffe ein. In den Bezirken Idlib und Hama hätten Armee- Helikopter innerhalb von zehn Tagen in acht Fällen Fassbomben mit dem Kampfstoff Chlor abgeworfen. Der Stoff fällt laut Pinheiro unter die Chemiewaffenkonvention von 1992, die den Einsatz der Gase verbietet. Syrien ist Vertragsstaat des Abkommens. Assad-Truppen hatten im vergangenen Jahr Massaker mit Chemiewaffen verübt, daraufhin beschloss der UN-Sicherheitsrat die Vernichtung der syrischen Arsenale. Weiter feuert die Armee laut den UN-Ermittlern wahllos Raketen und andere Geschosse in bewohnte Gebiete, zudem würden Krankenhäuser gezielt angegriffen. Die Assad-Einheiten hielten Konvois mit humanitären Hilfsgütern auf, in Gefangenenlagern verübten Schergen des Assad-Regimes »abscheuliche« Grausamkeiten. Pinheiro listete auch Gewalttaten der Terrororganisation »Islamischer Staat« auf, die im Nordosten Syriens große Gebiete kontrolliert. Hinrichtungen, Amputation und öffentliche Auspeitschungen gehörten für die Bevölkerung in den IS-Territorien ebenso zum Alltag wie Folter und Verschleppungen. Die Körper der Hingerichteten würden tagelang zur Schau gestellt, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Zudem rekrutiere IS Kinder als Soldaten, die Kleinsten seien nur zehn Jahre alt. Pinheiro verlangte, dass alle Täter zur Rechenschaft gezogen werden müssten. Kriegsverbrecher dürften nicht straffrei ausgehen. Der UN-Menschenrechtsrat hatte die Pinheiro- Kommission im ersten Jahr des Syrien-Konflikts, 2011, eingesetzt. Seitdem berichten die Ermittler regelmäßig über die Gewalt in dem Krieg, in dem bereits mehr als 190.000 Menschen starben. Assad-Truppen und verschiedene Rebellen- und Terrororganisationen kämpften in dem arabischen Land um die Macht.

epd-

Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2014 Seite _53

Unendliches Leid Beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bleiben viele Kirchenleute stumm

29. August 2014



Die ersten Schüsse des Zweiten Weltkriegs fallen frühmorgens. Kurz vor Sonnenaufgang beschießt das deutsche Schulschiff "Schleswig-Holstein" am 1. September 1939 die polnische

Garnison auf der Westerplatte, einer Halbinsel bei Danzig. Aus deutschen Flugzeugen fallen Bomben auf polnische Städte, Panzer rollen über die Grenze. Hitler überfällt den östlichen Nachbarn. Im Reichstag gibt er den Angriff am Vormittag als Verteidigungsaktion aus, eine dreiste Lüge. Es ist der Beginn eines Krieges, der sechs Jahre dauern wird und in dem mehr als 60 Millionen Menschen sterben.

Von den großen Kirchen Deutschlands kommt kaum Widerspruch zu dem Feldzug. Sie fallen - nach einem Wort des evangelischen Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer - dem Rad nicht in die Speichen. Ein großes Hurra der Kirchen wie noch im Ersten Weltkrieg gibt es zwar nicht, protestantische und katholische Theologen bleiben angesichts des Kriegsausbruchs aber meist stumm oder äußern sich sogar bestärkend.

Einen Tag nach Kriegsausbruch übernimmt die leitende Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche die offiziellen Kriegsziele. "Seit dem gestrigen Tag steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blut heimkehren darf", ist in einer Verlautbarung zu lesen.

"Für das höchste evangelische Gremium stand fest, dass die Verkündigung der Bewährung im Kriegsalltag für das Vaterland zu dienen habe", sagt der Münchener Kirchenhistoriker Harry Oelke. Das habe auch den Tod von Soldaten eingeschlossen. Oelke verweist auf traditionelles lutherisches Staatsdenken, wonach auch einem Adolf Hitler als Kriegsführer eine gottgegebene Autorität zugestanden worden sei.

Zwei Tage nach den Protestanten wenden sich die katholischen Bischöfe mit einem Hirtenwort an ihre Gläubigen. Sie ermahnen die deutschen Katholiken, ihre Pflicht zu tun und "bereit zu sein, ihre ganze Person zu opfern." Die Oberhirten bitten Gott: "Kürze den Krieg ab, mäßige seine Schrecken und führe ihn zu einem für Volk und Vaterlande segensreichen Erfolge."

Zur Judenverfolgung geben sich die Bischöfe bedeckt. Gegen anderes Nazi-Unrecht werden sie durchaus laut. Der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen predigt am 3. August 1941 gegen den Mord an Behinderten und psychisch Kranken. Die NS-Führung überlegt, ihn verhaften zu lassen, doch Goebbels will keinen katholischen Märtyrer schaffen. Galen bleibt frei.

Als der Krieg ausbricht, bilden die evangelischen Kirchen schon längst keine Einheit mehr. Nach der Machtübernahme Hitlers gingen die "Deutschen Christen" dienstfertig daran, das kirchliche Leben nach dem Führerprinzip zu organisieren und NS-Recht innerhalb der Kirche umzusetzen. Dagegen wehrten sich die Anhänger der "Bekennenden Kirche". In der Barmer Erklärung, verabschiedet am 31. Mai 1934 in Wuppertal-Barmen, grenzen sie sich von der Ideologie des Nazi-Staates ab. Von offizieller evangelischer Seite aber gibt es nach Kriegsausbruch kaum noch Widerstand gegen Hitler.

1943 nutzen die Nazis bereits rund 3.400 kirchliche Einrichtungen wie Klöster für militärische Zwecke. Mehr als 20.000 Geistliche dienen in kämpfenden Wehrmachteinheiten, meist als Sanitätssoldaten.

Vor allem Pfarrer der Bekennenden Kirche wurden eingezogen, bemerkt der Heidelberger Kirchenhistoriker Christoph Strohm. Aber es gibt auch Freiwillige: Ausgerechnet der protestantische Widerständler Martin Niemöller, im Ersten Weltkrieg U-Boot-Kommandant, meldet

sich für den Dienst in der Kriegsmarine - aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen heraus, wo er bereits seit anderthalb Jahren inhaftiert ist. Das Gesuch wird abgelehnt.

Neben dem Dienst im Militär verfügen die Nazis über weitere scharfe Schwerter gegen unbotmäßige Kirchenleute. Der sogenannte Kanzelparagraph - eine Passage des Strafgesetzbuchs, die noch aus der Kaiserzeit stammt - sieht bis zu zwei Jahre Gefängnis für "Kanzelmissbrauch" vor. Eine mögliche Anklage wegen "Wehrkraftzersetzung" schreckt ebenfalls viele Pfarrer ab. Diesen Tatbestand hatte die NS-Regierung noch kurz vor Kriegsbeginn in Kraft gesetzt.

Von den Kanzeln kommen deshalb meist keine Plädoyers für Frieden - eindeutig für den Krieg mochten sich viele Pfarrer aber auch nicht aussprechen: "Völkisch-nationalistische Predigten" habe es 1939 kaum gegeben, unterstreicht Wissenschaftler Oelke. Nur vereinzelt erheben Pfarrer ihre Stimme gegen das Schlachten - trotz der Konsequenzen. 1942 etwa wird der Berliner Dompropst Prälat Bernhard Lichtenberg zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte öffentlich für Juden gebetet. Lichtenberg stirbt 1943.

Auf der Seite der protestantischen NS-Widerstandskämpfer ist vor allem der Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) bekannt. Er steht in Kontakt mit den Hitler-Attentätern des 20. Juli 1944. Die Nazis verhaften ihn und richten ihn kurz vor Kriegsende im KZ Flossenbürg hin.

In der "Stuttgarter Schulderklärung" vom Oktober 1945 bekennen die evangelischen Kirchen erstmals ihre Mitschuld am Nationalsozialismus: "Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden". (epd)

- [Barmer Theologischen Erklärung](#)
- [Die Stuttgarter Schulderklärung](#)
- www.evangelischer-widerstand.de

http://www.ekd.de/aktuell/edi_2014_08_29_zweiter_weltkrieg.html

Erklärung des Vorsitzenden des Rates der EKD zum Konflikt im Nord-Irak

Nikolaus Schneider

27. August 2014

„Bei der Debatte über Waffenlieferungen in den Nordirak geht es um Nothilfe für die von der IS gejagten und gemordeten Menschen im Nordirak. Nothilfe ist zuerst und vor allem humanitäre Hilfe: Essen und Trinken, medizinische Versorgung, ein Dach über dem Kopf, nicht erfrieren. Und der Schutz, den eigenen Glauben friedlich leben zu können.

Wer Nothilfe übt, muss sich aber auch Gedanken darüber machen, wie das Wüten der IS, das die Not verursacht, eingegrenzt und möglichst beendet werden kann, damit die humanitäre Hilfe auch nachhaltig wirkt. In diesem Zusammenhang kann über Waffenlieferung und militä-

rische Hilfe nachgedacht werden. Es geht also nicht um Waffengeschäfte, sondern um Hilfe für den Kampf gegen die Verursacher der Not und die Absicherung der humanitären Hilfe.

Gebietet das Evangelium aber nicht den Gewaltverzicht, Gewalt erleiden und nicht zufügen? Das kann dem Evangelium entnommen werden.

Das Evangelium gebietet aber nicht zuzusehen, wie andere gequält, geköpft, versklavt werden. Dietrich Bonhoeffer hat angesichts der Naziverbrechen daraus den Schluss gezogen, dass es Situationen gibt, in denen es nicht ausreicht, die unter die Räder gekommenen zu verbinden. Dem Rad muss auch in die Speichen gegriffen werden – und sei es mit Gewalt. Dabei werden Menschen schuldig. Aber auch der Verzicht auf den Griff in die Speichen ist nicht schuldfrei.

Die moralische Qualität der Waffenlieferungen für den Widerstand gegen die IS hängt nicht allein an den Werten und Normen derer, die in Deutschland diskutieren und entscheiden. Sie entscheidet sich auch daran, was das Tun oder Lassen für die Menschen in Not bedeutet.

Aus allen diesen Erwägungen heraus habe ich Respekt gegenüber den pazifistischen Positionen, die jede Waffenlieferung ablehnen. Aber ich befürworte in diesem konkreten Fall eine Politik, die durch humanitäres, diplomatisches und militärisches Handeln zu helfen sich bemüht. Dieser Konflikt im Irak macht mir erneut deutlich, dass es Situationen gibt, in denen wir nicht schuldfrei entscheiden können. „

- [EKD-Ratsvorsitzender Schneider hat Verständnis für Waffenlieferungen](#)
- [EKD-Ratsvorsitzender verurteilt „abscheuliche Verbrechen“ im Irak](#)

http://www.ekd.de/vortraege/2014/20140828_schneider_irak.html